**Ä42 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)**

Antragsteller*innen Daniel Meile (KV Potsdam)

**Titel**

**Ändern in:**
Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen

**Antragstext**

**In Zeile 2 einfügen:**

Seit vor mehr als drei Wochen der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist, kommen täglich hunderte Menschen in unser Land. Es handelt sich fast ausschließlich um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Sie und weitere vulnerablen Gruppen wie PoC, Queers oder Menschen mit einer Behinderung sind alle im Schockzustand und haben traumatische Erlebnisse in ihrem Land und auf der Flucht gehabt.

**Begründung**
Die Gruppe der vulnerablen Personen ist größer und vielfältiger. Diese Vielfalt sollte im Antrag berücksichtigt werden.

**Unterstützer*innen**
Stefan Schneider (KV Potsdam), Ken Gericke (KV Potsdam), Florian Winkler (KV Uckermark), Barbara Domke (KV Cottbus), Viviane Triems (KV Potsdam), Kathleen Mattke (KV Cottbus), Daniel Scholz (KV Cottbus)

**Ä44 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)**

Antragsteller*innen Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder)

**Titel**

**Ändern in:**
Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen

**Antragstext**

**In Zeile 4:**

In dem vorhandenen Gesundheitssystem gibt es bereits eine regelfinanzierte Versorgung mit Psychotherapeut:innen und psychatrischen Behandlungsangeboten. Aber diese sind bereits dermaßen ausgelastet, dass es zu teilweise monatelangen ~~Terminvereinbarungen~~Wartezeiten kommt und Therapieplätze ebenfalls auf sehr lange Zeit ausgebucht sind.

**Begründung**
Ich denke "Wartezeiten" drückt das gemeinte einfacher aus.

**Unterstützer*innen**
Daniel Scholz (KV Cottbus), Ken Gericke (KV Potsdam)

**Ä45 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)**

| | |
|---|---|
| Antragsteller*innen | Melanie Gierach (KV Oberspreewald-Lausitz) |

**Redaktionelle Änderung**

im Zitat aus dem Koalitionsvertrag ab Seite 2610 musst Du das "und" in ein ",um" umwandeln.

**Titel**

**Ändern in:**

Regelfinanziertes psychosoziales und psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebot aufbauen

**Unterstützer*innen**

Daniel Scholz (KV Cottbus), Ken Gericke (KV Potsdam)

**Ä51 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)**

Antragsteller*innen Ken Gericke (KV Potsdam)

**Titel**

**Ändern in:**
Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen

**Antragstext**

**In Zeile 5 einfügen:**

Zusätzlich problematisch ist es, dass es in der jetzigen Regelversorgung keine Kostenübernahme für Sprachmittlung gibt. Es stellt Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen vor eine große Herausforderung, mit Patient:innen zu arbeiten, wenn eine forensisch belastbare Kommunikation nicht möglich ist. Sie dürfen dann sogar eine Behandlung ablehnen.

Um die benannten Probleme perspektivisch auch langfristig abzumildern und allen Menschen die hierfür Bedarf haben, einen gerechten Zugang zu Therapieleistungen zu ermöglichen setzen wir uns konsequent ein für:

1. Eine Verbesserung der Ausbildung (z.B. Psychotherapie) u.a. durch Erhöhung der Lehrkapazitäten
2. Erarbeitung einer mittelfristig umsetzbaren (Landes-)Strategie, um qualifizierte / ausgebildete Personen im Bereich der Psychotherapie im Land Brandenburg zu halten
3. Etablierung einer Regelfinanzierung für Therapieleistungen für geflüchtete Menschen, um Anreize zu schaffen, dass entsprechende Angebote im Land durch qualifiziertes Personal bereit gestellt wird.
4. Prüfung inwiefern eine niedrigschwellige Sozial-Psychologische Gruppenbetreuung (Gruppentherapeutischer Ansatz) ggfs. auch kurzfristig einen Beitrag zu

Verbesserung des Therapieangebots leisten kann.

## Ä5 zu V4: Dialog muß wieder Standard bei Planungsverfahren werden

Antragsteller*innen Ken Gericke

**Antragstext**

**In Zeile 2:**

~~Das~~Die Brandenburger Bündnisgrünen setzen sich dafür ein, dass das Plansicherstellungsgesetz (PlanSiG) ~~soll~~im Rahmen des laufenden Evalutationsprozesses auf Bundesebene beteiligungsfreundlicher ausgestaltet ~~werden~~wird: Wenn auf Grund gegebener Bedingungen Anhörungen in öffentlichen Versammlungen nicht möglich sind, sollen diese in der Regel in Form von Videokonferenzen durchgeführt werden. Rein schriftliche Verfahren wie die sogenannten „Online-Konsultationen“ können die dialogische Form der Anhörung in Präsenz bzw. als Videokonferenz nicht gleichwertig ersetzen.

**Begründung**

Das PlanSiG* - Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie* - ist ein Bundesgesetz, welches mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen wurde.
Die Regelungen der §§ 1 bis 5 des PlanSiG, welche sich auf die gesetzlich vorgeschriebenen Beteilungsprozesse in verschiedenen Planungs- und Zulassungsverfahren auswirken laufen zum 31. Dezember 2022 aus.
Momentan läuft auf Bundesebene ein Evaluationsprozess, um zu überprüfen, welche Regelungen des PlanSiG in das Dauerrecht übernommen werden können. Nur in diesen Evaluationsprozess können die Brandenburger Bündnisgrünen sich einbringen. Abweichende Regelungen oder eine abweichende Handhabung der bundesgesetzlichen Regelungen im Land Brandenburg sind nicht möglich und würden im Zweifelsfall dazu führen, dass die betreffenden Verfahren gerichtlich angreifbar werden.

**Unterstützer*innen**

Florian Winkler (KV Uckermark), Axel Vogel (KV Barnim), Till Ratzeburg (KV Havelland)

**Ä47NEU zu V7: "Tag der Befreiung" als Mahnung – Der 8. Mai muss Feiertag werden!**

| | |
|---|---|
| Antragsteller*innen | Landesvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2022) |

**Antragstext**

**In Zeile 1:**

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg setzt sich für die Einführung des 8. Mai als jährlichen Feiertag zum "Tag der Befreiung" und eine entsprechende Änderung des Landesfeiertagsgesetzes ein. Dieser Feiertag soll der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes sowie der Mahnung zum stetigen antifaschistischen Handeln dienen, das nötig ist, um unsere Demokratie zu schützen. Außerdem unterstützt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg die Forderung nach der Einführung eines bundeseinheitlichen, jährlichen Feiertages zum 8. Mai.~~
Titel: Feiertage in Brandenburg

Die LDK setzt zur Initiierung eines Diskussionsprozesses eine AG "Feiertage in Bradenburg" unter der Leitung von Petra Budke ein. In diesen Diskussionsprozess fließt der Vorschlag den 8. Mai als Feiertag einzuführen mit ein. Ebenso werden weitere Vorschläge mit aufgegriffen wie z.B. den Frauentag, Kindertag oder Tag des Grundgesetzes. Im Ergebnis des Prozesses soll Klarheit darüber bestehen, welche zusätzlichen Feiertage auf Landesebene oder Bundesebene sinnvoll erscheinen und empfohlen werden. Am Ende dieses Prozesses wird der LDK ein Vorschlag zur Abstimmung vorgelegt.